

Freie Demokraten



Landtagsfraktion
Baden-Württemberg **FDP**

POSITIONSPAPIER DER FDP-FRAKTION IM LANDTAG

**Zweieinhalb Jahre Grün-Schwarz:
Bilanz eines Auslaufmodells**



Liebe Bürgerinnen und Bürger,

es war eine einsame Entscheidung, die Ministerpräsident Winfried Kretschmann am 1. April 2021 fällte und die er an diesem Tag nach längeren und teilweise heftigen Diskussionen und Drohungen bei seiner Partei durchdrücken konnte: Die Koalition der Grünen mit der CDU sollte fortgesetzt werden. Aus seiner Sicht bedeutete dies die bequemere Wahl, war die CDU in Baden-Württemberg zu diesem Zeitpunkt doch bereit, so gut wie alles ohne Diskussionen mitzumachen, was die Grünen wollen.

Machterhalt ging über alles, mit einer großen und ungeheuren teuren Legion von Staatssekretären und einem neuen, unnötigen Bauministerium wurden auch die letzten Zweifler mit Posten besänftigt.

Einfach für die Koalition in Baden-Württemberg heißt aber nicht gut fürs Land: In vielen Bereichen, darunter auch im ureigenen Kompetenzbereich Bildung, verharret das Land im Stillstand. An anderer Stelle, wie bei der Polizei, verweigert die grün-schwarze Regierung konsequentes Handeln bei eigenen Fehlern und Skandalen. Bei weiteren Themen, wie in der Energie- oder Agrarpolitik, wird der Kurs ohne Rücksicht auf Verluste nach den ideologischen Vorstellungen der Grünen geformt. Verharren heißt heute in einer dynamischen, von Krisen geprägten Welt Abstieg. Das gilt insbesondere für einen Spitzenstandort wie unser Bundesland. Mit großem Interesse beobachtet man in anderen Teilen Deutschlands und Europas, wie der bisherige Motor Baden-Württem-

berg in vielen essenziellen Bereichen langsamer läuft, ins Stottern kommt und den Anschluss verliert.

Wir nehmen die wirkliche Halbzeit mit der damaligen Entscheidung des Ministerpräsidenten zum Anlass, eine politische Bilanz zu ziehen, die sich an Fakten und praktischen Entscheidungen dieser Regierungskoalition sowie deren absehbaren Konsequenzen orientiert. Wir benennen klar die Defizite. Auf dieser Grundlage thematisieren wir in unserer täglichen Arbeit, wie es anders besser werden kann und muss. Die grün-schwarze Koalition wird keine Zukunft haben. Umso wichtiger ist es, dass das Land endlich wieder eine bekommt.

Ihr

A handwritten signature in black ink, reading "Hans-Ulrich Rülke". The signature is written in a cursive, flowing style.

Dr. Hans-Ulrich Rülke
Fraktionsvorsitzender

Bildung: Halbzeitpfeif offenbart (In-) Kompetenz der Grünen

Bildungsqualität am Abgrund

Im grün-schwarzen Koalitionsvertrag wurde ein „ganzheitliches Verständnis von Leistung und Bildung – mit konsequenter Qualitätsentwicklung zurück an die Spitze“ versprochen.

Die Realität ist laut Bildungsrankings eine andere: Die Bildungsqualität ist im Keller.

Fehlentscheidungen der seit 2011 grün-geführten Landesregierung haben der Bildungsqualität in unserem Land schweren Schaden zugefügt, gipfelnd in der peinlichen Kampagne der Kultusministerin, die Lehrkräften

4 Faulheit unterstellt. **Wer den Lehr-**

kräfteberuf derart verächtlich macht, braucht sich über mangelndes Interesse an einem pädagogischen Beruf und den gravierenden Lehrkräftemangel nicht wundern. Selbst das Prestigeprojekt der Grünen, die Gemeinschaftsschule, läuft nicht rund: Denn mehr als zwei Drittel der dort tätigen Lehrkräfte wollen laut Umfrage aufgrund von zu hohen Belastungen die eigene Schularart wechseln.

Unser Positionspapier zeigt das ganze Ausmaß der seit zwölf Jahren grün geprägten Bildungspolitik und fasst unsere Forderungen zusammen:

Unser Positionspapier:



[Zwölf Jahre grüne Bildungspolitik in Baden-Württemberg unter Ministerpräsident Kretschmann](#)

Aber auch andere Punkte im Koalitionsvertrag wurden bislang nicht eingelöst: Sei es die Gleichwertigkeit beruflicher und akademischer Ausbildung, die nach wie vor nicht gegeben ist. Sei es aber auch die Entkoppelung von sozialer Herkunft und Bildungserfolg: Laut Vergleichsarbeiten der dritten Grundschulklassen erreichen zehntau-

sende Kinder in Baden-Württemberg nicht einmal den Mindeststandard im Lesen, Schreiben und Rechnen.

Wir benötigen eine deutliche Trendwende in der Bildungspolitik: Fehlentscheidungen müssen rückgängig gemacht werden. **Deshalb haben wir einen Gesetzentwurf zur Wiederherstellung der Verbindlichkeit der Grundschulempfehlung eingebracht. Ebenso müssen wir die Bedürfnisse der Kinder und der Eltern wieder mehr berücksichtigen, weshalb es das G9-Gymnasium in der Regelform wieder braucht.**

Frühkindlicher Bildungsbereich katastrophal

Auch die Lage der frühkindlichen Bildung in Baden-Württemberg ist desaströs: Fehlende Fachkräfte, fehlende Kita-Plätze, gestrichene pädagogische Angebote und reduzierte Öffnungszeiten – eine verlässliche frühkindliche Bildung sieht anders aus! Doch anstatt Maßnahmen gegen die Kita-Misere einzuleiten, verharrt Grün-Schwarz im Nichtstun. Damit gefährdet sie nicht nur die frühkindliche Bildung, sondern torpediert mit der Nichteinhaltung des Rechts-

anspruchs auf einen Kita-Platz auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. **Doch frühkindliche Bildung und soziale Teilhabe dürfen nicht zu einer Frage des Wohnortes oder des Glücks bei der Kita-Platzvergabe werden.**

Wir fordern ein sofortiges Ende der Kita-Krisenmaßnahmen, die Ausweitung der Leitungszeit sowie eine Fachkräfteoffensive, zu der auch die schnelle und unbürokratische Anerkennung ausländischer Abschlüsse gehört. In unserem Positionspapier haben wir zahlreiche Verbesserungsvorschläge gemacht, die nur darauf warten, aufgegriffen zu werden:



Unser Positionspapier:



Frühkindliche Bildung:
verlässlich und zukunftsfähig!

Migration, Europa und Internationales



Die zunehmende Anzahl von Menschen, die nach Baden-Württemberg kommen, müssen menschengerecht behandelt werden. Ob die Menschen, die zu uns kommen, hierbleiben dürfen, muss schnell entschieden werden. Menschen mit Bleibeperspektive müssen schnellstmöglich integriert werden. Voraussetzung hierfür ist, dass diese sehr schnell die deutsche Sprache lernen.

Menschen ohne Bleibeperspektive sind schnellstmöglich abzuschieben.

Der zum 1. Juni 2022 vorgenommene **Rechtskreiswechsel, wonach Geflüchtete aus der Ukraine Bürgergeld**

erhalten, anstatt Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, hat die Kommunen kurzfristig und unvorbereitet getroffen. Ohne die erhoffte Wirkung. Dieser Rechtskreiswechsel **muss zurückgenommen werden**.

Bei Fragen der Unterbringung der Schutzsuchenden muss die Landesregierung die Kommunen konsequenter unterstützen. **Zusagen sind einzuhalten, etwa bei der Privilegierung von Kommunen, die sich mit Einrichtung und dem Betrieb einer Landeserstaufnahmeeinrichtung überdurchschnittlich engagieren.** Zudem bestehen regionale Unterschiede die Quote aufgenommener Geflüchteter betreffend. Diese Quote wird allerdings dann von der Landesregierung außer Acht gelassen, wenn es darum geht, Gelder des Bundes für die Entlastung der Kommunen gerecht zu verteilen.

Wir Freie Demokraten im Landtag weisen eindringlich auf die unkon-

trollierten Grenzübertritte aus der Schweiz nach Deutschland hin. Diese Zahlen steigen, indes unterbleibt eine Kontrolle. **Wir setzen uns für menschenwürdige Versorgung der Geflüchteten und eine Entlastung der Kommunen ein. Zuwanderung in den Arbeitsmarkt muss gefördert, illegale Migration verhindert werden.**

Schlingerkurs bei der Schweiz-Strategie

Ob Migration, Forschung oder Außenhandel: Die Schweiz ist einer unserer



Vollziehbar Ausreisepflichtige, Straftäter und solche, die gegen unsere Gesellschaft arbeiten, müssen konsequent abgeschoben werden.

wichtigsten Partner. Seit Jahren hat es die grün-schwarze Landesregierung versäumt, ihre 2017 unter viel Eigenlob verkündete „Schweiz-Strategie“ an die heutige Realität anzupassen. Die im Koalitionsvertrag versprochene Fortschreibung wurde erst begonnen, dann abgebrochen, dann wieder aufgenommen – und bis heute nicht abgeschlossen. Die COVID-Pandemie, das gescheiterte EU-Rahmenabkommen, der Wettbewerb mit China sowie der russische Überfall auf die Ukraine haben neue Handlungsfelder offengelegt, die endlich Teil einer zu-

kunftsfähigen Schweiz-Strategie werden müssen.

Stillstand bei der Ostasien-Strategie

Chinas Wirtschaftspolitik hat gravierende Lieferengpässe provoziert und unsere Abhängigkeit von asiatischen Produktionsstandorten offengelegt. Viele der von Grün-Schwarz gefeierten Technologien – darunter E-Autos, Windräder und Wärmepumpen – stammen fast vollständig aus chinesischer Hand. Während die Bundesregierung unlängst ihre China-Strategie vorgestellt hat, befindet sich die grün-schwarze Ostasien-Strategie noch immer in Vorbereitung. Zum Schaden des Landes. Wir Freie Demokraten fordern einen selbstbewussten China-Kurs und ein stimmiges Konzept für unsere Wirtschaft.

Wirtschaft: Kraftloses Ministerium statt aktiver Problemlösung

Das Wirtschaftsministerium – es war einmal ein Kraftzentrum in Baden-Württemberg und hat das Land aktiv gestaltet. Unter Grün-Schwarz ist es hingegen vollständig entkernt und ein Schatten seiner selbst geworden.

Zuerst wurde ihm im Rahmen der Koalitionsverhandlungen die komplette Zuständigkeit für Landesentwicklung und Wohnen entzogen, anschließend übernahm der Ministerpräsident dann die Verantwortung für die Schlüsselthemen Ansiedlungsoffensive und Arbeitsmarktstrategie. Und auch beim

8 Thema Tourismus – eigentlich neu im

Wirtschaftsministerium und als Ausgleich für die abgegebenen Zuständigkeiten gedacht – zeigt sich, dass es keinen wirklichen Gestaltungsspielraum besitzt: Wichtige Zuständigkeiten liegen nach wie vor bei anderen Häusern, beispielsweise für Schlösser und Gärten beim Finanzministerium oder für Urlaub auf dem Land beim Verbraucherschutzressort.

Dieses kraft- und ideenlose Wirtschaftsministerium zeigt **sich mit verheerender Konsequenz beim Thema Innenstädte**. Zuerst haben diese fast

zwei Jahre unter der verheerenden Corona-Politik der grün-schwarzen Landesregierung gelitten – Lockdowns, Verbot von Click&Collect, übertriebene Registrierungsregelungen und verfehlte Hilfsprogramme haben ihre Spuren gelassen. Nachdem die Pandemie dann aber überwunden war, fehlte es an neuen Ideen und **Maßnahmen für die Innenstädte**, für Einzelhandel und Gastronomie. Wir fordern eine aktive Unterstützung für alle Innenstadtakeure – dazu gehört eine Kampagne „Komm in die Innenstadt!“, ein echter Innenstadt-

kümmerer in der Landesregierung sowie zielgerichtete Förderungen. **Die Landesregierung träumt hingegen weiter von autofreien Zentren und nimmt den Geschäften somit weiter jede Chance auf nachhaltige Erholung.**

Unser Positionspapier:



Zukunft für Innenstadt und Einzelhandel

Auch **beim Thema Standortattraktivität verliert Baden-Württemberg den Anschluss.** Wichtige Großansiedlungen wie Tesla, Intel oder Northvolt sind an Baden-Württemberg vorbeigegangen. Inzwischen expandieren selbst baden-württembergische Stammunternehmen in anderen Bundesländern, wie das Beispiel ZF mit seiner Chipfabrik im Saarland zeigt. Neue Gewerbeflächen werden kaum ausgewiesen. Stattdessen wird



Das Wirtschaftsministerium ist nur noch zu einem kraftlosen und gestaltungsarmen Schatten seiner selbst verkommen.

am **ideologischen Ziel eines Netto-Null-Flächenverbrauchs und überhöhten Arten- und Umweltschutzanforderungen festgehalten. Unter Grün-Schwarz kann eine einzige Eidechse wichtiger sein als hunderte Arbeitsplätze!** Ebenso fehlt nach wie vor eine echte **Gleichstellung von beruflicher und akademischer Bildung.** Das Ergebnis ist ein grassierender Fach- und Arbeitskräftemangel. Der Standort Baden-Württemberg ist immer weniger wettbewerbsfähig und aus unserem einstigen industriellen Vorzeigeland droht ein Nachzügler zu werden.

Wir Freien Demokraten im Landtag fordern ein gestaltungsstarkes Wirtschaftsministerium! Dieses muss sich für die Geschäfte, Innenstädte und Unternehmen im Land aktiv einsetzen und die Belange der Wirtschaft nachhaltig durchsetzen! Der Standortwettbewerb muss aktiv angenommen werden und Wirtschaftswachstum wieder oberste Priorität genießen!

Bürokratieabbau: Viele Ankündigungen, keine Taten



Baden-Württemberg steckt voller Potenziale. Ob in Schule, Büro oder Labor: Überall beweisen die Menschen unseres Landes Kreativität, Erfindergeist und eine Anpack-Mentalität. Doch die Bürokratie bremst unsere Wirtschaft und unseren Tüftlergeist häufig aus: **Umständliche Formulare, unsinnige Berichtspflichten** und nervenaufreibende Regularien stehen uns oftmals im Weg. **Es ist an der Zeit, Baden-Württemberg zu modernisieren.**

Prinzipiell hat dies inzwischen sogar die grün-schwarze Landesregierung erkannt. Gerade der Ministerpräsident spricht in Interviews inzwischen häufig davon, wie die Bürokratie unser Land erdrückt. **Leider handelt es sich dabei lediglich um leere Lippenbekenntnisse, bei den Taten gibt es hingegen eine Fehlanzeige.** Schlimmer noch, an vielen Stellen werden Bestrebungen zum Bürokratieabbau behindert oder gar neue Bürokratie aufgebaut.

Das beste Beispiel ist der Normenkontrollrat. Die Landesregierung selbst hat dieses unabhängige Beratungsgremium 2018 eingesetzt und seitdem hat der Kontrollrat zahlreiche konkrete Vorschläge zum Bürokratieabbau entwickelt. An der Umsetzung durch die Regierung hapert es aber erheblich. Im Gegenteil, die Vorschläge waren ihr wohl zu unbequem und daher hat sie das Gremium Ende 2022 einfach auslaufen lassen. Für die Neu-Konstituierung hat sie über neun Monate gebraucht. Wann das neue Gremium aber endlich die Arbeit

aufnehmen wird, bleibt weiterhin unklar. Unabhängige Beratung zum Bürokratieabbau ist bei Grün-Schwarz nicht willkommen. Stattdessen wird verschleppt!

Wir Freien Demokraten im Landtag fordern endlich beherztes Zupacken beim Bürokratieabbau! Viel zu viel Zeit wird mit Reden vergeudet, dabei liegen zahlreiche Vorschläge längst auf dem Tisch. Wir haben aber kein Erkenntnis-, sondern ein Umsetzungsproblem!

FDP-Aktion „Bürokratieabbau. Jetzt“

Wir sammeln möglichst konkrete Beispiele und möchten diese zum Thema im Landtag machen: Nennen Sie uns die großen und kleinen Hindernisse in Ihren Alltag – vom umständlichen Formular bis hin zur widersinnigen Meldendringlichkeit. Wir wollen wissen, wo der bürokratische Schuh drückt und dies ändern!



[Link zur Website](#)



Digitalisierung

Baden-Württemberg braucht flächendeckend Glasfaseranschlüsse und den neuesten Mobilfunkstandard.

Die Landesregierung hat den Ausbau bis heute verschlafen. Das Land ist Schlusslicht im bundesweiten Vergleich. Kein Wunder, bei einem Digitalisierungsminister, für den sich

12

von Förderbescheiden im Stile eines mildtätigen Landesfürsten beschränkt und darauf, sich über die Bundesregierung zu beschweren. Dabei hat der Bund 2022 und 2023 pro Jahr rund doppelt so viel für den Glasfaser-ausbau bereitgestellt wie zwischen 2015 und 2021. Über 87 Prozent der Glasfaseranschlüsse werden zudem

ohne Förderung errichtet. **Der eigenwirtschaftliche Ausbau muss oberste Priorität haben.**

Künftig sollen die Länder selbst entscheiden, in welchen Regionen ein geförderter Ausbau stattfinden soll. Wir fordern von der Landesregierung, dass sie dies umsetzt.

Sie muss mit einer Gigabit-Allianz die Akteure an einen Tisch bringen, Standards schaffen und den Kommunen bei der Umsetzung helfen. Das Land sollte sein überholtes Fördermodell dringend anpassen. Wir schlagen ein Gutscheinmodell („Voucher-Förderung“) vor, bei dem die „letzte Meile“ vom Bordstein zum Haus gefördert wird. Diese Förderung unterstützt sowohl Betreibermodelle als auch den eigenwirtschaftlichen Ausbau von Unternehmen.

Das Land muss mehr tun, um Funklücken zu stoppen

Baden-Württemberg hinkt auch beim Mobilfunkausbau im bundesweiten Vergleich hinterher. Nur gut die Hälfte des Landes ist mit dem neuesten Mobilfunkstandard versorgt. Es kann nicht sein, dass das Schließen von weißen Flecken daran scheitert, dass das Land nicht in der Lage ist, Menschen sachgerecht zu informieren und Vorbehalte abzubauen.

Die Landesregierung muss dafür sorgen, dass die Versorgungsaufgaben für Mobilfunkunternehmen nachgehalten und eingefordert werden.

Die Bedrohungslage im Cyberraum ist so groß wie nie.

Eine Reihe von Sicherheitsvorfällen in jüngster Vergangenheit hat auch im Land gezeigt, dass die vorhandenen Schutzmechanismen bezüglich der Cybersicherheit in Baden-Württemberg unzureichend sind. Eine der Folgen: Tagelange Behinderungen bei der Arbeit der Landespolizei, des LKA und des Verfassungsschutzes.

Wir fordern eine verschlankte Cybersicherheitsarchitektur, eine umgehende Risikoanalyse für die IT-Sicherheit aller Behörden und entsprechende Haushaltsmittel dafür.

Die Digitalisierung der Verwaltung im Land ist mehr Wunsch als Wirklichkeit

Der bisherige Ansatz, die Digitalisierung einzelner Prozesse allein den Kommunen zu überlassen, ist gescheitert. Viele Kommunen haben gar nicht die Kapazitäten und das Know-how, um zuverlässig Prozesse zu digitalisieren. In der Folge klappt es nicht, dass bereits digitalisierte Prozesse nach dem „Einer für Alle“-Prinzip (EfA) von anderen Kommunen übernommen werden. **Die Landesregierung muss dringend umsteuern und sich um eine zentrale Dienstleistungsplattform bemühen, auf der medienbruchfrei Verwaltungsvorgänge durchgeführt werden können. Digitale Dienstleistungen müssen von den Bürgern und Unternehmen her gedacht werden.**

Innen und Recht

Schiffbruch vor Gericht

Die im Landesrettungsdienstgesetz vorgesehenen Hilfsfristen, binnen derer Hilfskräfte vor Ort sein müssen, konnten zuletzt in zu vielen Bereichen im Land nicht eingehalten werden. Das Innenministerium hat sodann die Hilfsfrist über den Rettungsdienstplan ohne Parlamentsbeteiligung neu festgelegt, für Notärzte gar gänzlich gestrichen. „Geht so gar nicht!“ urteilte sinngemäß der VGH Mannheim und kassierte die eigenmächtige Änderung ein. Ein dringend benötigtes Strukturgutachten für den bodengebundenen Rettungsdienst musste daraufhin gestoppt werden, wertvolle Zeit geht verloren. **Wir setzen uns dafür ein, dass die Bürger im Land nicht nur auf dem Papier auf ein funktionierendes Rettungswesen zurückgreifen können.**

Auf dem Klimakleber-Auge blind

Wer die breite, hart arbeitende Mitte in Deutschland mit seinen Klebe-Aktionen gegen sich aufbringt, der wirbt nicht für Klimaschutz, der schadet dem Klimaschutz. Wer zudem Rettungswagen auf ihren Einsätzen zum Abbruch zwingt, der schadet sogar ganz unmittelbar der Gesellschaft und seinen Mitmenschen. Während die Landesregierung die von den Blockaden ausgehenden Gefahren und Straftaten herunterspielt, **fordern wir Freie Demokraten: Der Staat darf sich nicht erpressen lassen!**



Untersuchungsausschuss „IdP & Beförderungspraxis“

Der Untersuchungsausschuss „IdP & Beförderungspraxis“ begleitet die Amtsführung des stellvertretenden Ministerpräsidenten und Innenministers Strobl (CDU) schon über ein Jahr und zeigt Fehlentscheidungen und Fehlentwicklungen im Innenministerium und bei der Polizeiführung auf. Auch in der zweiten Halbzeit ist eine Heilung dieser offenen Wunde der Landesregierung nicht absehbar, jedenfalls nicht mit Minister Strobl. Ausgelöst durch Vorwürfe sexueller Nötigung gegen den Inspekteur der Polizei, verschärft durch gravieren-

des Missmanagement des Ministers mit strafrechtlichem Nachspiel – Stichwort Briefweitergabe – und die dubiosen Karrieresprünge von Strobls Schützling, hat die sogenannte Polizei-affäre das Vertrauen der Polizistinnen und Polizisten in ihre Führung und den Minister sowie das Ansehen der Landespolizei als Ganzes in der Bevölkerung nachhaltig beschädigt. Strobl weigert sich bis heute, für den von ihm verantworteten unmöglichen Zustand die Verantwortung zu übernehmen und den Weg für einen Neuanfang im Innenministerium frei zu machen. Und das, obwohl er sich mit 15.000 Euro freikaufen musste, um einer Verurteilung für seine Straftaten zu entgehen.

Bloße Scheinmaßnahmen wie die Abschaffung des Amts des Inspektors und die gebetsmühlenartige Beteuerung von „Offenheit und Transparenz“ führen nicht zur Verbesserung der Situation.

Was unsere Polizei stattdessen braucht:

- › Austausch defekter Akkus an etwa 50 % aller Body-Cams,
- › flächendeckende Ausrüstung mit Polifonen,
- › optimierte Bedingungen bei der Bekämpfung von Cyberkriminalität und organisierter Kriminalität.

Wir sind überzeugt: Unsere Landespolizei erfüllt nicht wegen, sondern trotz der miserablen Führungsleistung der Landesregierung gut und aufopferungsvoll ihren Dienst. Sie braucht eine Führung, die sich um die Belange der Polizistinnen und Polizisten und unsere innere Sicherheit wirklich kümmert.



Strobls System des Machtmissbrauchs ist entlarvt.

Finanzen und Haushalt

Neue Grundsteuer: schlecht gemacht und Digital-Chaos

Die Umsetzung der verkorksten grün-schwarzen Grundsteuerreform verläuft völlig chaotisch. Bürgerinnen und Bürger mussten Daten einreichen, die bereits bei staatlichen Stellen vorlagen, statt wie in anderen Bundesländern vorab auszufüllen. Die Online-Abgabe funktionierte zeitweise wegen Server-Ausfall nicht, die Gutachterausschüsse hatten nicht alle Daten eingestellt, eine Papier-Version gab es erst spät und nur auf öffentlichen Druck hin. Folgerichtig musste die Abgabefrist um drei Monate verlängert werden.

Durch den Bezug zum Bodenwert ist hier überdies faktisch eine **Vermögenssteuer durch die Hintertür** auf den Weg gebracht worden. Dieses Vorgehen hat nichts mit dem eigentlichen Zweck der Grundsteuer zu tun, nämlich der Andienung des Grundstücks mit öffentlichen Leistungen. **Unsere Idee, nur die Fläche zu besteuern, trüge diesem Zweck viel besser Rechnung!**

Unnötige Schulden auf Reserve – unsere Klage

Im Jahr 2020 hat die Landesregierung mehr als 13 Milliarden Schulden zur Bekämpfung der Pandemie und der Abfederung des damaligen Wirtschaftsabschwungs aufgenommen. Im

Jahr 2021 wollte man sich zur Regierungsbildung nach der Landtagswahl noch mal einen kräftigen Schluck aus der Pulle genehmigen: 940 Millionen zusätzliche Schulden trotz Milliardenüberschüssen aus 2020. Dagegen klagte unsere Fraktion vor dem Verfassungsgerichtshof Baden-Württemberg. Dabei hat das Verfassungsgericht uns zwar nicht stattgegeben, aber deutlich gemacht, dass eine überbordende Verschuldung zukünftig einfacher angegriffen werden kann – ein historischer Erfolg unserer Klage!

Kretschmann versüßt CDU den Regierungskotau mit Staatssekretärsflut

Die neue Regierung startete nicht nur mit neuen Schulden, sondern neben einem neuen Ministerium und 70 Neustellen auch mit vier zusätzlichen, völlig überflüssigen Staatssekretärsposten. Für uns ist klar: **Hier bläht sich Verwaltung auf, um Parteigängern zusätzliche Posten zu verschaffen!**



Mit neuem Wahlrecht drohen 200 Millionen Euro zusätzliche Kosten ohne Mehrwert

Den Wechsel vom Ein-Stimmen- zum Zwei-Stimmen-Wahlrecht befürworten wir als FDP-Fraktion grundsätzlich. Allerdings hat Grün-Schwarz aus der permanenten Diskussion um einen zu großen Bundestag nichts gelernt und die von uns angemahnten Korrekturen gegen einen zu großen Landtag nicht umgesetzt. **Statt über weniger Wahlkreise einen leistungsfähigen und schlanken Landtag zu erhalten, sichern sich Grüne, Schwarze und in diesem Fall auch Rote lieber die Pfründe vieler Mandate:** 96 Extra-Mandate über dem Sollwert von 120 Abgeordnete ergäbe ein Landtagswahlresultat, wenn die Bürger so wählen wie bei der Bundestagswahl 2021. Bei rund zwei Millionen Euro pro Mandat wären das Mehrkosten von rund 200 Millionen Euro ohne Mehrwert durch die zusätzlichen Abgeordneten. **Wir sagen: Möge das Volk dies verhindern!**

Umwelt, Klima und Energiewirtschaft

Kretschmanns Klimapolitik: kleinteilig, chaotisch, kompliziert

Rund 80 Prozent unserer Energie stammen aus Kohle, Öl und Gas und werden importiert. 2030 soll der landeseigene CO₂-Ausstoß die Emissionen von 1990 um ganze 65 Prozent unterschreiten. Heute, nach über 30 Jahren Energiewende, liegen die Emissionseinsparungen bei kaum 20 Prozent. Einen zukunftsfähigen Plan, wie die landeseigenen Klimaziele konkret erreicht werden sollen, hat auch die dritte Kretschmann-Koalition nicht vorlegen können. Dabei will Grün-Schwarz Baden-Württemberg

18 „zum Klimaschutzland Nummer eins“

machen. Verwirklicht wurde kaum etwas. Ohne Kostenschätzung oder Praxis-Check wurde Anfang 2023 das neue Klimaschutzgesetz verabschiedet. Kurz darauf folgte mit dem Maßnahmenregister ein Sammelsurium wahlloser Vorhaben, begleitet von scharfer Kritik des Klimasachverständigenrats.

Wir fordern eine ganzheitliche Betrachtung der Klimaziele, den Aufbau einer Kohlenstoff-Kreislaufwirtschaft und den Einsatz technischer Verfahren zur Speicherung von CO₂. Solange sich die Kretschmann-Koalition gegen ganzheitlichen Klimaschutz sperrt, werden wir das Klimaziel verfehlen.

Energiewende grün-schwarz: Zwischen Einseitigkeit und Ernüchterung

Kaum ein Prozent der in Baden-Württemberg verbrauchten Energie wird gegenwärtig durch Windkraft erzeugt. 2021 hat Grün-Schwarz den Bau 1.000 neuer Windräder verkündet. Gebaut wurden kaum eine Handvoll. Und die Photovoltaik-Pflicht hat sich zur Belastung entwickelt: Sanierungsfahrpläne werden ignoriert, Hersteller, Handwerker und Heimbauer politisch unter Druck gesetzt. Auf den planwirtschaftlichen Ausbau der Erneuerbaren folgt nun der planwirtschaftliche Einbau von



Landesweit liegt der Ausbau hinter dem Zeitplan, landesweit droht Anschlussverlust.

Wärmepumpen. Allein bis 2030 sieht ein grün-schwarzes „Energiekonzept“ den Abriss von mehr als einer halben Millionen Öl- und Gasheizungen und den Einbau von über 620.000 Wärmepumpen vor. **Statt bei den Gebäuden des Landes voranzugehen, werden die Bürger mit Vorgaben zum Vortritt gedrängt.**

Unser Positionspapier:



[Wie sicher in die Zukunft?
Energie- und Klimapolitik auf
dem Prüfstand](#)

Anschlussverlust: grün-schwarzer Rückstau beim Netzausbau

Baden-Württemberg wird Energieimportland bleiben. Import braucht Infrastruktur. 2021 hat Grün-Schwarz den umfassenden Ausbau der Energienetze versprochen. Die Bilanz ist ernüchternd: Im Stromnetz hat sich ein Rückstand von 600 Kilometern angestaut, der die Kosten treibt und die Wirtschaft belastet. Gleichzeitig verläuft der Umbau der Gasinfrastruktur schleppend. Grüne Forderungen nach dem „Rückbau“ der Gasnetze, planwirtschaftliche Vorgaben bei der Produktion von Wasserstoff und die politische Bevorzugung strombasier-

ter Technologien erschweren den Einstieg in die Wasserstoffwirtschaft bedeutend. Statt im windschwächsten Bundesland den Windkraftausbau zu forcieren oder die Menschen zum Einbau von Wärmepumpen zu drängen, **fordern wir die politische Priorisierung des Netzausbaus. Eine Entbürokratisierungsoffensive und die engere Einbindung der Netzbetreiber in die landesweite Raumplanung sind überfällig.**

Mobilität

Dreiklang des Missvergnügens: Mobilitätsgarantie, Mobilitätspass und Landesmobilitätsgesetz

An großen Worten hat es im grün-schwarzen Koalitionsvertrag 2021 nicht gefehlt. Von 5 Uhr bis 24 Uhr sollten bis zum Jahr 2026 alle geschlossenen Ortschaften mit dem ÖPNV angebunden werden. Für den Ländlichen Raum ein Stunden-, in Ballungsräumen ein Halbstundentakt. Mit mehreren Anträgen haben wir nachgehakt: Bisher weiß das Land selbst nicht, wie viele zusätzliche Busse und Fahrer erforderlich wären und was es insgesamt kosten würde. Ohnehin muss man wissen: Aufgabenträger, und damit in der Finanzverantwortung, für die Busverkehre sind die Stadt- und Landkreise. Diese **Garantie des Landes** müssen also andere finanzieren! Als Feigenblatt wurde ein

Mobilitätspass in Aussicht gestellt. Je nach Modellrechnung und Ausgestaltung (Abgabe für alle Bewohner, nur für Autohalter, für Nutzer gewisser Straßen oder der Arbeitgeber) können durchaus stattliche Beträge zusammenkommen. Doch wer zahlt das? Die Bürgerinnen und Bürger!

Wir meinen: In Zeiten wie diesen, mit hoher Inflation und großen Belastungen ist es grundverkehrt weitere Abgaben einzuführen. Inzwischen wird der Mobilitätspass unabhängig von der Mobilitätsgarantie als Finanzierungsinstrument für den ÖPNV insgesamt diskutiert. Für uns ein klares Zeichen, dass es mit einer verbindlichen Garantie wohl nichts werden wird. Den Rahmen abstecken sollte ein **Landesmobilitätsgesetz**. Nach einem ordentlichen Koalitionskrach und Bemerkungen des Minis-

terpräsidenten zu Prioritäten und der Aussage, dass man nichts einführen werden, was nicht finanziert sei, könnte es durchaus sein, dass diese vollmundigen Versprechungen sich als Schall und Rauch erweisen. Wir Freien Demokraten im Landtag setzen auf eine **seriöse Verkehrspolitik**, statt großer Versprechungen, die wie ein Kartenhaus in sich zusammenfallen.

Kampf gegen individuelle Mobilität – wir dagegen setzen auf wirklichen Klimaschutz mit synthetischen Kraftstoffen

Oft genug entpuppt sich die grüne Handschrift als Kampfansage gegen die individuelle Mobilität. Es scheint, als solle eine ganze Gesellschaft in Bus und Bahn kollektiviert oder aufs Fahrrad gezwungen werden. Dafür scheint jedes Mittel recht. Neben dem

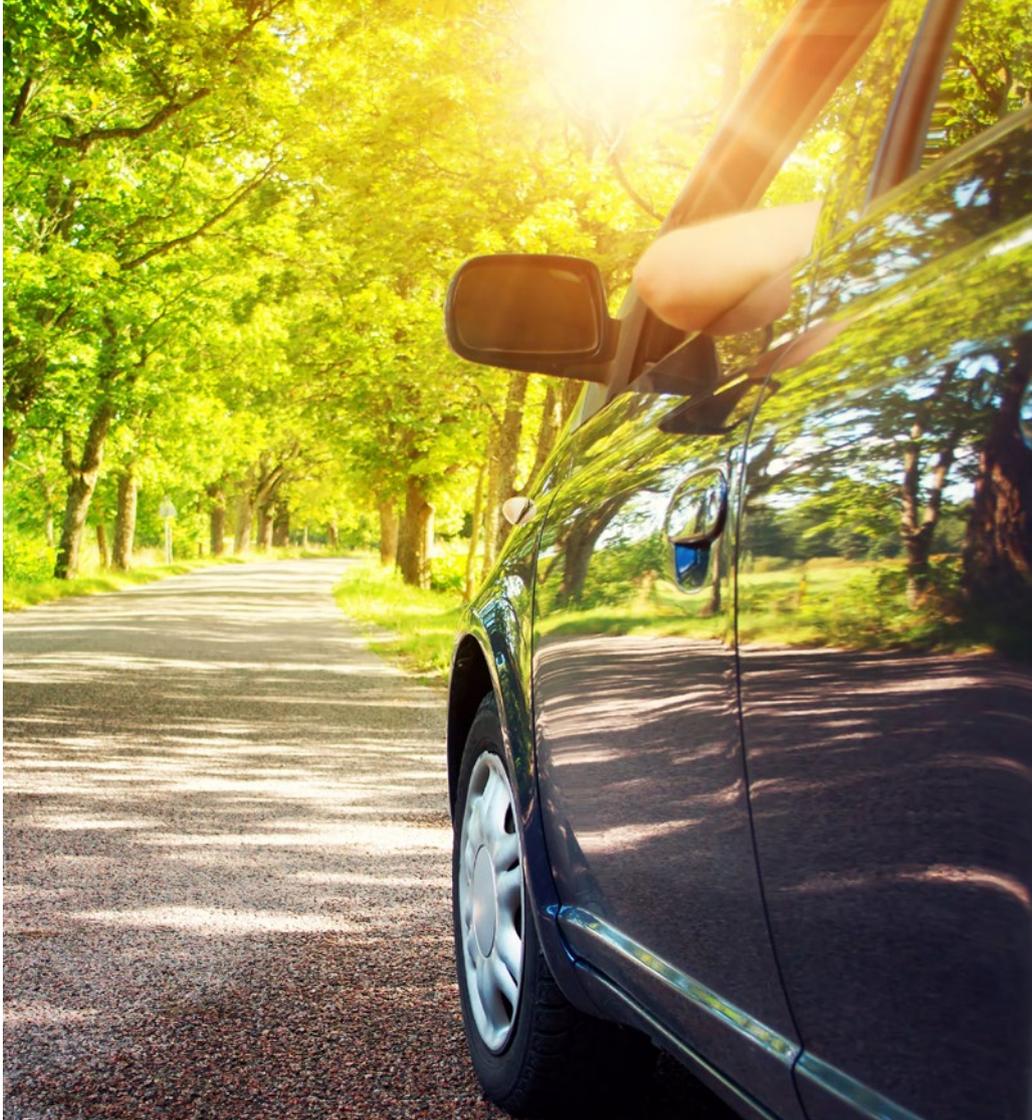
bereits genannten **Mobilitätspass** sehen wir insbesondere **Nullemissionszonen** als brandgefährlich. In diese Zonen dürfen Fahrzeuge mit Verbrennungsmotoren nicht mehr einfahren. Aber nicht jede und nicht jeder kann sich ein neues teures E-Fahrzeug leisten. **Wir fordern für wirklichen Klimaschutz deshalb eine Strategie für synthetische Kraftstoffe.** Denn nicht der Motor ist das Problem, sondern der fossile Kraftstoff auf Erdölbasis.

Unser Positionspapier:



[Kraftstoff für Klimaschutz](#)

Überdies fällt insbesondere Verkehrsminister Hermann damit auf, „per Direktvergaben“ **Steuergelder zu verpressen** und grünen Parteifreunden zuzuschancen, so etwa für überflüssiges Fahrschulunterrichtsmaterial.



A woman with long dark hair, wearing a black cap and a black dress, is looking to the right. She is standing in a library or bookstore, with a long row of books on shelves in the background. The lighting is warm and focused on the woman.

Wissenschaft und Kunst

**Grünen Tabubruch beenden:
Verlässliche Hochschulfinanzierung
statt diskriminierender Ausländer-
Studiengebühren**

Seit 2017 müssen Studierende von außerhalb der EU in Baden-Württemberg 1.500 Euro pro Semester bezahlen – es fließt aber nur ein Fünftel davon an die Hochschulen, und in keinem Jahr wurden die im Haushalt prognostizierten Einnahmen realisiert. Zahlreiche Ausnahmen machen die Erhebung bürokratisch und zeigen, wie diskriminierend die Gebühr wirkt. Selten waren sich die demokratischen Fraktionen im Landtag daher so einig,

wie bei der notwendigen Abschaffung dieser Ausländermaut. Die Wissenschaftsministerin aber bremst und verweist auf entstehende Einnahmeausfälle. **Dies zeigt einmal mehr, wie dringend wir alternative Wege zur Hochschulfinanzierung gehen müssen. Unsere Lösung liegt schon seit vielen Jahren parat: nachlaufende, allgemeine Studiengebühren, die erst nach Studienabschluss und Erreichen einer Einkommensgrenze zur Rückzahlung fällig werden.**

Blinde Vorfahrt fürs Klima – auch wenn's der Forschung schadet?

Die Freiheit der Forschung droht auf dem Altar des Klimaschutzes geopfert zu werden. Die Grünen haben in der Landesregierung ein Flächenmoratorium durchgesetzt, wonach künftig hochschulische Neubauten nur noch möglich sein sollen, wenn der Bund mitfinanziert oder wenn man es im Landeskabinett für opportun erachtet. Für die Verwaltung sollen die Flächen gar um 20 Prozent reduziert werden.

Indes kommt die energetische Sanierung der Bestandsgebäude kaum voran und der Leerstand aufgrund untragbarer baulicher Zustände nimmt zu. Zudem sollen die Förderprogramme künftig an den grünen Zielen des Klimaschutzes ausgerichtet werden. **Die Landesregierung ist mit Klima-Scheuklappen also unverschöndert, die herausragende Forschungsleistung und Innovationskraft im Land zu opfern.** Das wird etwa deutlich mit dem Satz: „Etwaige Nachteile mit Blick auf Forschungsmöglichkeiten und -ergebnisse sollen dabei möglichst vermieden werden“ (Antrag 17/4647).

Staatsoper Stuttgart: Sanierung mit „Goldrand“?

Bei der überfälligen Sanierung der Staatsoper nehmen die Grünen in Kauf, dass die Baukostenexplosion voll durchschlagen kann. Längst dürfte die Kostenschätzung hinfällig sein, die bereits eine Milliarde taxierte. Eine „Oper mit Goldrand-Lösung für

am Ende möglicherweise fast zwei Milliarden Euro“ steht zu befürchten. Gleichwohl wird auf mögliche Einsparungen planvoll verzichtet: In der Satzung der Projektgesellschaft hat Grün-Schwarz festgeschrieben, dass bei „Kosteneinsparungsmaßnahmen zur Vermeidung einer Budgetüberschreitung“ die Zustimmung des Aufsichtsrates der Projektgesellschaft einzuholen sein soll. **Wir meinen: Man muss auch sparen wollen, wenn die Kosten explodieren! Das gilt umso mehr, solange Grün-Schwarz sich nicht bereifindet, die Kultur in der Fläche, gerade im ländlichen Raum, sinn- und kraftvoll zu unterstützen.**



Landwirtschaft

Produktivitätsverzicht ist ein Irrweg

Der Klimawandel, weltweite Krisen und ständig neue Forderungen stellen unsere Landwirte vor enorme Herausforderungen. Grün-Schwarz will bis 2030 eine Ausdehnung des Ökolandbaus auf 30 bis 40 Prozent der landwirtschaftlichen Fläche erreichen. Bei einer Umstellung von konventioneller auf ökologische Landwirtschaft, wird sich allerdings der Ertrag um 20 bis 25 Prozent reduzieren. Dies bedeutet:

24 Fehlende Nahrungsmittel hierzulande

müssen in anderen Teilen der Welt mit gegebenenfalls geringeren Klima- und Umweltstandards produziert werden. Grün-Schwarz handelt hier also unökologisch und unethisch! Das Land muss seinen Beitrag zur globalen Ernährungssicherheit leisten und sich zu großen Teilen selbst versorgen können. Das geht nur mit Produktivitätssteigerung, nicht mit Produktivitätsverzicht.

Wir fordern eine Neubewertung des Ziels, den Anteil der ökologischen

Landwirtschaft auf 30 bis 40 Prozent bis 2030 auszubauen. Marktwirtschaft statt Planwirtschaft!

Utopische Pflanzenschutzziele gehören auf den Prüfstand

Eine regionale Produktion hochwertiger Lebensmittel gelingt nur mit Hilfe des Pflanzenschutzes: Ein Verzicht auf chemische Pflanzenschutz- und Schädlingsbekämpfungsmittel verringert den Ertrag und steigert die Importabhängigkeit, Produktionskosten, Hygienrisiken und den Landverbrauch. Global gesehen wird der Biodiversität daher durch den Verzicht auf Pflanzenschutz ein Bärendienst erwiesen.

Wir benötigen statt dessen eine Strategie, die die Interessen von Pflanzenschutz und Ertragssicherheit mit Umweltmaßnahmen realistisch und wirtschaftlich ausbalanciert.

Moderne Züchtungsmethoden müssen auch bei uns anwendbar sein

Die grün-schwarze Innovations Skepsis ist mit eine Ursache dafür, dass **Entwicklungen in der Pflanzenzucht außerhalb Baden-Württembergs** stattfinden. Gerade der Durchbruch beim Corona-Impfstoff hat gezeigt, wie wichtig die Gentechnik-Forschung ist. Genomische Verfahren in der Pflanzenzüchtung sind ein wichtiger Baustein, um ohne Ertrags- und Qualitätseinbußen Pflanzenschutzmittel zu reduzieren. Die Landesregierung aber will solche Verfahren nicht zulassen.

Wir fordern die Überarbeitung des europäischen Gentechnikrechts nach dem aktuellsten Stand der Wissenschaft. Das Land muss sich nachdrücklich bei der Bundesregierung für die entsprechende Überarbeitung auf EU-Ebene einsetzen.

Agri-PV löst den Flächennutzungskonflikt von Energiesicherheit und Nahrungsmittelproduktion

Auf wertvollen Ackerböden müssen Nahrungsmittel produziert werden. Die Landesregierung aber setzt darauf, dass landwirtschaftliche Flächen mit Freiflächen-PV-Anlagen zugunpflastert werden, anstatt die Potenziale der Agri-Photovoltaik zu heben.

Wir fordern den gesetzlichen Ausschluss des Baus von Freiflächen-Photovoltaikanlagen auf Ackerböden mit mehr als 50 Bodenpunkten, Investitionsförderungen von Agri-Photovoltaikanlagen und baurechtliche Erleichterungen.

Unser Positionspapier:



Mit einer starken Landwirtschaft in eine nachhaltige Zukunft



Wir fordern einen agrarpolitischen Kurswechsel für wettbewerbsfähige Betriebe und einen starken, lebenswerten ländlichen Raum.

Gesundheit und Soziales

Pflege

Schon vor der Corona-Pandemie zeigte sich die dramatische Entwicklung der Altenpflege in Baden-Württemberg. Doch die Landesregierung verwaltet mehr als dass sie gestaltet, **es bedarf dringend einer konzertierten Aktion Pflege 2.0 und zwar sofort. Unser 10-Punkte-Akut-Programm Pflege liegt vor!**

Unser Positionspapier:



Medizinische Versorgung im Land

Die demografische Entwicklung ist seit langem bekannt, dennoch greift Grün-Schwarz den Fachkräftemangel in der medizinischen Versorgung nicht mit der nötigen Ernsthaftigkeit auf. Beispiele: Die **einjährige Pflegehelferausbildung** muss modernisiert, eine neue **Personalbemessung in der Pflege** vorbereitet, Bürokratie abgebaut und **Anerkennungsverfahren** für ausländische Beschäftigte beschleunigt werden. Geschehen ist nichts. Überdies muss Minister Lucha der längst überfälligen Fortschreibung des Landeskrankenhausplans höchste

Priorität einräumen, denn der letzte Plan datiert von 2010. Mit der jüngst beschlossenen Einführung einer Landespflegekammer mit Pflichtmitgliedschaft hat die Landesregierung ein sehr undemokratisches Registrierungsverfahren gewählt – kein guter Start für eine mögliche Kammer.

Dringend korrigiert werden muss auch der **als „pauschale Beihilfe“ getarnte Einstieg in die Bürgerversicherung**, durch den mehr Beamte von der privaten in die gesetzliche Krankenversicherung gedrängt werden sollen. Dabei ist ein Arbeitgeberzuschuss zur GKV zu erwarten, der das Land unnötig Geld kostet: bis 2030 rund 126 Mio. Euro jährlich. Dieses Geld könnte man besser verwenden, etwa bei der Polizei, in der Bildung oder im Gesundheitssektor. Sinnvoller wäre hier stattdessen eine Härtefallregelung für Fälle, die nicht in die PKV kommen. So aber ist das Gesetz m Ende schlecht für das Land, die Beamten und die medizinische Versorgung.



5% Beschäftigungsquote schwerbehinderter Menschen in der Landesverwaltung

Private und öffentliche Arbeitgeber mit mindestens 20 Arbeitsplätzen sind verpflichtet, mindestens fünf Prozent ihrer Arbeitsplätze mit schwerbehinderten Menschen zu besetzen. Alle Landesministerien liegen jedoch unter dieser Quote. Schlusslicht unter allen Bundesländern bildet die baden-württembergische Landesverwaltung mit

4,24 Prozent im Jahr 2020. Damit liegt sie auch mit großem Abstand unter der Quote der Bundesverwaltung, die mit 10,1 Prozent mehr als doppelt so hoch ist. Einschätzungen zufolge, wird diese Beschäftigungsquote sogar noch weiter sinken. Ein Rückgang auf unter 4 Prozent bereits im kommenden Jahr ist ein realistisches Szenario. Hier muss die Landesregierung tätig werden! Zudem wirkt die modellhafte Einführung der Ehrenamtskarte an drei Standorten in Baden-Württem-

berg wie ein Retuscheversuch der Nicht-Umsetzung des Koalitionsvertrages. Wir hatten eine solche Karte bereits in der letzten Legislaturperiode gefordert, andere Bundesländer haben sie längst, in Bayern sogar digital in einer App. Diese benötigen wir unbürokratisch genauso in Baden-Württemberg!

Die Einführung des **Ministeriums für Landesentwicklung und Wohnen** haben wir von Anfang an kritisch gesehen. Unsere Befürchtung war, dass nicht mehr als ein **Tiny House** entsteht. Das hat sich leider bewahrheitet, denn die Bilanz des Ministeriums für Landesentwicklung und Wohnen ist mehr als mau.

Dies zeigt sich unter anderem beim **Landesentwicklungsplan (LEP)**, mithin das wichtigste und namensgebende Großprojekt des Ministeriums: Alle Arbeiten, die die Neuaufstellung des LEPs betreffen, wurden an Dritte vergeben. Gebracht hat es allerdings nichts. Bisher ist viel Zeit verstrichen und Ministerin Razavi kann keine Ergebnisse vorweisen, da noch „notwendige organisatorische und personelle Voraussetzungen“ geschaffen werden

Das Tiny-House-Ministerium



müssen. **Nach mehr als zwei Jahren kann das Ministerium aber immer noch keinen Sachstand zum LEP geben. Ein Armutszeugnis!**

Generell wünschen wir uns mehr Tempo vom Ministerium. Es drängt sich der Eindruck auf, dass wichtige Themen verschlafen werden. So warten wir immer noch auf die Umsetzung des **Bund-Länderprogrammes „Junges Wohnen“**. Auch die Wiederaufnahme der **Typengenehmigung für Gebäude**, um Verwaltungsvorgänge und Bürokratie einzusparen, wurde uns angekündigt, doch auch hier ist nichts passiert.

Dabei drängt die Zeit. In der Bauwirtschaft wirkt zurzeit ein toxisches Zusammenspiel aus steigenden Baukosten, Baulandpreisen, Zinsen, Bürokratie und Zusatzanforderungen wie der Photovoltaikpflicht auch für verschattete Nordseitendächer. Das Resultat ist, dass die **Baugenehmigungen drastisch eingebrochen** sind. Hier müsste eine Wohnbauministerin

also gegensteuern, denn die zentrale Stellschraube im Wohnungsbau sind die Baukosten. **Daher muss die Landesregierung mutig und kraftvoll den Hebel an der Landesbauordnung ansetzen, um die Rahmenbedingungen zu verbessern. Kostentreibende sowie bürokratische Vorschriften müssen zügig und umfassend aus der Landesbauordnung gestrichen werden.**

Diese abwartende Haltung kann die Bürger teuer zu stehen kommen, denn die Mieten bleiben konstant hoch und steigen teilweise noch weiter, da die Wohnraumschaffung nicht mit dem Wohnraumbedarf mithält. Um diese Entwicklung am Mietmarkt zu korrigieren, hilft nur mehr Angebot zu schaffen. Es hilft also nur bauen, bauen und noch mal bauen. Das Ministerium muss endlich die notwendigen Rahmenbedingungen schaffen. Bauen muss endlich wieder einfacher werden und **wir brauchen eine LBO, welche mehr gestalterischen Freiraum ermöglicht. Dafür braucht es eine**

Gebäudeklasse E. Solch eine experimentelle Gebäudeklasse würde bei Materialien und Ausführungsdetails maximale Freiräume gewähren, bei gleichzeitiger Gewährleistung wesentlicher Sicherheitsziele z. B. zum Brandschutz sowie ökologischer Basisnormen. **Solch Innovative Vorhaben sind aber anscheinend mit Frau Razavi nicht zu machen.**

Als Fazit muss man festhalten, dass sich unsere Befürchtungen, das neue Tiny-House-Ministerium bringe nichts und sei überflüssig, vollumfassend bestätigt haben. Selbstbefassung und Ministeriumsaufbau haben viel zu viel Zeit gekostet hat. Mehr als ein Jahr hat man gebraucht, um überhaupt arbeitsfähig zu sein. Auch jetzt, nachdem das Ministerium arbeitsfähig sein müsste, ist so gut wie kein Output vorhanden.



Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“

**Qualität geht über Quantität, nur
nicht bei der Landesregierung**

Durch die Ereignisse der vergangenen Jahre rückt die Krisenvorsorge stärker in den Mittelpunkt des gesellschaftlichen Lebens. Das ist gut, denn die Corona-Pandemie hat gezeigt: Baden-Württemberg und insbesondere die Landesregierung, waren unzureichend vorbereitet und überfordert. In den ersten zwei Jahren

hat die Landesregierung insgesamt 13 Corona-Verordnungen erlassen und 50 entsprechende Änderungs-Verordnungen, sowie 120 Corona-Fachressort-Verordnungen und 169 dazugehörige Änderungs-Verordnungen, welche auf einen „Instrumentenkasten“ an Verboten zurückgriffen. Allein im Winter 2021 wurden fünf Verordnungen zur Änderung der Corona-Verordnung innerhalb eines Monats erlassen, d. h. mehr als eine Verordnung pro Woche. Ergebnis: viele Regelungen wurden, aufgrund von Rechtswidrigkeiten, gerichtlich kassiert oder aufgehoben.

Die FDP hat hier einen wichtigen Anteil dazu beigetragen, unsinnige bzw. ungerechte Regelungen bereits vor Erlass zu verhindern oder deren Aufhebung zu veranlassen. Konkrete Beispiele sind die **800-Quadratmeter-Regelung zur Öffnung des Einzelhandels** sowie der § 6a der **Corona-Verordnung, welches ein faktisches Berufsverbot für Zahnärztinnen und Zahnärzte** bedeutete, die nach lautstarker Kritik der FDP letztlich von der Landesregierung wieder abgeschafft

wurden. Es zeigt sich mal wieder deutlich, dass die Landesregierung versucht, fehlende Qualität durch übermäßige Quantität wettzumachen.

Auch im Fall der Corona-Impfung haben wir den liberalen Gedanken aufrechterhalten und uns gegen eine allgemeine Impfpflicht eingesetzt.

Selbstbestimmung, Vertrauen in das vernünftige Handeln der Bürgerinnen und Bürger und eine umfangreiche Informationskampagne sind aus unserer Sicht der richtige Weg.

Zu bemängeln bleibt für uns als Freie Demokraten, dass **Grüne und CDU nicht bereit waren, im Untersuchungsauftrag der Enquetekommission auch explizit die Aufarbeitung der gemachten Fehler zu thematisieren.** So bleiben die fetischhaften Wünsche und Anordnungen der Herren Kretschmann und Lucha nach Folterwerkzeugen wie Ausgangssperren, Lockdowns, Gastronomie- und Schulschließungen und ihre Auswirkungen leider unterbelichtet. Gut,

dass Bundesjustizminister Marco Buschmann und die FDP-Bundestagfraktion dem Ministerpräsidenten den „Instrumentenkasten“ weggenommen haben.



Herausgeber - Impressum:

FDP/DVP-Fraktion im Landtag Baden-Württemberg

Konrad-Adenauer-Straße 3 · 70173 Stuttgart · T: 0711 2063-9112

post@fdp.landtag-bw.de · fdp-landtag-bw.de · Stand: September 2023

Alle Rechte vorbehalten. Die Rechte für die Verwendung der Abbildungen und Textbeiträge liegen bei der FDP/DVP-Fraktion. Die Veröffentlichung dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden.